

242691-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Planungsleistungen Wärmenetz Feuerbach

OJ S 69/2026 09/04/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadtwerke Stuttgart GmbH

E-Mail: vergabeberatung@staatsanzeiger.de

Tätigkeit des Auftraggebers: Erzeugung, Fortleitung oder Abgabe von Gas oder Wärme

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Planungsleistungen Wärmenetz Feuerbach

Beschreibung: Planungsleistungen Wärmenetz Feuerbach

Kennung des Verfahrens: 4264d02a-dbc0-4579-8134-1f75feaa4509

Interne Kennung: SWS-2026-0002

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71321000

Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: 1. Mit dem Teilnahmeantrag einzureichende Unterlagen Mit dem

Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen einzureichen Zwingend: • Nachweis

Berufsqualifikation (gem. II.1) • Bewerbererklärung (gem. II.2.1) • Eigenerklärung

Jahresumsatz und projektbezogener Umsatz (gem. II.2.2.1) • Nachweis

Betriebshaftpflichtversicherung und Versicherungsbestätigung (gem. II.2.2.2) • Eigenerklärung

Mitarbeiter (gem. II.2.3.1) • Eigenerklärung Referenzen (gem. II.2.3.2) • Eigenerklärung über

das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (gem. II.2.4.1) • Eigenerklärung über das

Nichtvorliegen von Eintragungen im Gewerbezentralregister (gem. II.2.4.1) • Eigenerklärung

Russlandsanktionen (gem. II.2.4.1) • Verpflichtungserklärung LTMG (gem. II.2.5.1) • Erklärung

zu Mehrfachbeteiligungen bzw. zu Beteiligungsverhältnissen (gem. II.4.4) Soweit anfallend: •

Eigenerklärung zu Ausschlussgrund gem. § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB (gem. II.2.4.3) •

Eigenerklärung über Selbstreinigungsmaßnahmen (gem. II.2.4.4) • Eigenerklärung

Eignungsleihe einschließlich geforderter Nachweise (gem. II.2.6.1 und 2.6.5) • Nachweis, dass die für den Auftrag erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen (gem. II.2.6. 2) • Haftungserklärung des eignungsvermittelnden Unternehmens (gem. II.2.6.3) • Nachweis der Eignung des eignungsvermittelnden Unternehmens (gem. II.2.6.5) • Erklärung Bewerbergemeinschaft (gem. II.3.3) jeweils in deutscher Sprache (Die "gem.-Angaben" beziehen sich auf die Nummerierung der Vergabeunterlage) 2. Mit dem Angebot einzureichende Unterlagen 2.1 Mit dem Erstangebot sind folgende Unterlagen einzureichen • Honorarangebot gem. Angebotsformblatt (gem. IV.2.3) • Konzept 1 (gem. IV.2.4) • Konzept 2 (gem. IV.2.4) • Eigenerklärung Nachunternehmereinsatz (gem. II.2.7) • Nachunternehmererklärung (gem. II.2.7) • geforderten Nachweise • Erklärung zur Bindefrist 2.2 Mit weiteren Angeboten bzw. dem Endangebot sind folgende Unterlagen einzureichen • Erklärung, dass das Erstangebot unverändert aufrecht erhalten bleibt • Erklärung zur Bindefrist oder • Honorarangebot gem. Angebotsformblatt (gem. IV.2.3) • Konzept 1 (gem. IV.2.4) • Konzept 2 (gem. IV.2.4) • Eigenerklärung Nachunternehmereinsatz (gem. II.2.7) • Nachunternehmererklärung (gem. II.2.7) • geforderten Nachweise • Erklärung zur Bindefrist jeweils in deutscher Sprache (Die "gem.-Angaben" beziehen sich auf die Nummerierung der Vergabeunterlage)

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

sektvo -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Korruption: Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Betrug: Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Zahlungsunfähigkeit: Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Bietergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Planungsleistungen Wärmenetz Feuerbach

Beschreibung: Das Projekt "Wärmenetz Feuerbach" soll den Stadtbezirk Stuttgart-Feuerbach mit erneuerbarer Wärme versorgen. Das Versorgungsgebiet im Projekt "Wärmenetz Feuerbach" ist in der kommunalen Wärmeplanung als Wärmenetzeignungsgebiet - in vertiefter Untersuchung ausgewiesen. Das Gebiet umfasst einen Wärmebedarf von ca. 31,2 GWh/a bei einer Anschlussquote von 100%. Im Projekt soll vorrangig ein Holzfeuerungskessel zum Einsatz kommen. Zur Spitzenlastabdeckung und Redundanz soll dabei über einen Biogas-Kessel erfolgen. Daneben kommt auch die Nutzung der lokal vorhandenen erneuerbaren Quellen Luft in Betracht. Der Förderantrag für BEW-Modul 1 - Teil 2 wurde am 17.02.2026 gestellt. Die Bewilligung der Förderung ist Voraussetzung für die Realisierung des Projekts "Wärmenetz Feuerbach". Das Vergabeverfahren dient dazu, die dafür erforderlichen Planungs- und Überwachungsleistungen zu vergeben.

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/09/2026

Enddatum der Laufzeit: 01/01/2035

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 2

Weitere Informationen zur Verlängerung: Die Leistungserbringung unterteilt sich in vier Planungsbereiche: - Planungsleistungen für die Energiezentrale - Planungsleistungen für das Wärmenetz - Planungsleistungen für die Einbindung dezentrale Erzeuger - Planungsleistungen für die Hausanschlüsse Es ist daher zunächst eine Gesamtkonzept mit Hilfe der bisherigen Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zu entwickeln. Für die Planungsbereiche Energiezentrale, Wärmenetz, Einbindung dezentraler Erzeuger und Hausanschlüsse wird zunächst ausschließlich die Auftragsstufe 1 (Leistungsphasen 2 HOAI) beauftragt. Gegenstand der Erstbeauftragung ist die Erarbeitung eines förderfähigen und genehmigungsfähigen Gesamtkonzepts unter Berücksichtigung der vorgesehenen Ausbaustufen sowie der definierten Planungsbereiche gemäß Anlage 4. Die weiteren Leistungen der LP 3-9 HOAI können für die jeweiligen Planungsbereiche als optionale Auftragsstufen abgerufen werden. Der Abruf kann ganz oder teilweise, getrennt nach Planungsbereichen sowie nach Auftragsstufen erfolgen. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Beauftragung weiterer Auftragsstufen besteht nicht. Die Gründung einer Projektgesellschaft innerhalb der Projektzeit ist Seiten des AGs eine Option. Sollte eine Projektgesellschaft gegründet werden, die ein mit dem Auftraggeber verbundenes Unternehmen i.S.d. § 15 AktG ist, behält sich der Auftraggeber vor, den Ingenieurvertrag mit allen Rechten und Pflichten auf die Projektgesellschaft zu übertragen. Der Inhalt der Leistung verändert sich hierdurch nicht. Im Hinblick auf die Förderbedingungen ist sicherzustellen, dass die Leistungen der LP 4 HOAI spätestens 8 Wochen vor Ablauf des Zuwendungsbescheides prüffähig endabgerechnet, vollständig erbracht und abgenommen vorliegen. Der Erhalt des Zuwendungsbescheides wird derzeit für August 2026 erwartet. Entsprechend ist der Auftraggeber berechtigt, im eigenen Ermessen die Konkretisierung der Leistungen und den Umfang des jeweiligen Leistungsabrufs zu bestimmen. Dem Auftragnehmer steht im Falle der Beauftragung über den beauftragten Umfang kein Anspruch auf Abruf bestimmter weiterer Planungsleistungen oder bestimmter weiterer Planungsbereiche/ Auftragsstufen weder dem Grunde nach noch in zeitlicher Reihenfolge oder bestimmter Örtlichkeiten zu. Die derzeit prognostizierten Investitionskosten für das Gesamtprojekt liegen nach aktuellem Kenntnisstand bei ca. 40 Mio. EUR (netto). Die Angabe dient ausschließlich der Einordnung des Projektumfangs und stellt weder eine verbindliche Kostenvorgabe noch eine Beschaffensvereinbarung dar. Änderungen infolge der weiteren Planung, Marktbedingungen oder behördlicher Anforderungen bleiben vorbehalten.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: >> Zugänglichkeit zu Informationen im Vergabeverfahren: << Bereitstellung der Vergabeunterlagen - Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform bereitgestellt. Registrierung, Nutzung bestimmter Software - Bei einer Beteiligung am Vergabeverfahren muss eine eindeutige Bieterbezeichnung sowie eine elektronischen Adresse (Registrierung) angegeben werden. Die Registrierung hat über das Vergabeportal zu erfolgen. - Für die Rechtzeitigkeit der Registrierung, die Nutzung der Software (AI BIETERCOCKPIT) bei Angebotsabgabe und Abgabe von sonstigen Erklärungen etc. ist der Bewerber/Bieter verantwortlich. Abrufung von Informationen, Zugang von Informationen - Der Bewerber/Bieter ist für die Abrufung der bereitgestellten zusätzlichen Informationen (z.B. Antworten auf Bewerber- bzw. Bieterfragen), die sich aus dem Vergabeverfahren ergeben, eigenständig verantwortlich. Eine gesonderte Bekanntmachung erfolgt - soweit nicht gesetzlich oder im Rahmen der Vergabeverfahrensordnungen vorgeschrieben - nicht mehr. Gleiches gilt für etwaige Aufforderungen, Mitteilungen oder sonstigen Erklärungen gegenüber dem Bewerber/ Bieter. - Mitteilungen an den Bewerber/Bieter, die über die Vergabeplattform an den Bewerber/Bieter übermittelt werden, gelten mit der Bereitstellung auf der Vergabeplattform im Bereich des Bewerbers/Bieters als abgesendet. - Der Bewerber/Bieter ist verpflichtet, seinen Account auf der Vergabeplattform auf den Zugang von Informationen jeglicher Art hin zu kontrollieren. Mitteilungen an den Bewerber/Bieter (einschließlich Mitteilungen nach § 134 GWB) werden über das Bewerber-/Bieterpostfach der Vergabeplattform bereitgestellt. Das Bewerber-/Bieterpostfach der Vergabeplattform hat die Funktion eines (elektronischen) Briefkastens. Mit Bereitstellung der Mitteilung im Bieterpostfach auf der Vergabeplattform gehen die Mitteilungen dem Bewerber/Bieter zu. Der Bewerber/Bieter ist für die Kontrolle des Bewerber-/Bieterpostfachs der Vergabeplattform eigenverantwortlich zuständig. Der Bewerber/Bieter hat unabhängig vom Zugang zusätzlicher Nachrichten über einen Posteingang im Bewerber-/Bieterpostfach dieses selbständig auf das Vorhandensein von Mitteilungen zu kontrollieren. Verwendung der Vergabeplattform, technische Anforderungen, Verwendung technischer Mittel, Verantwortlichkeiten der Benutzung - Der Bewerber/Bieter ist für die Eignung der von ihm verwendeten technischen Mittel verantwortlich. - Der Bewerber/Bieter ist für den rechtzeitigen, vollständigen und fristgemäßen Zugang seiner Erklärungen verantwortlich. Der Bewerber/Bieter trägt damit grundsätzlich das Übermittlungsrisiko, es sei denn, dass der Bewerber/Bieter die unvollständige oder verspätete Übermittlung nicht zu vertreten hat. Der Nachweis obliegt dem Bewerber/Bieter. - Der Bewerber/Bieter hat die technischen Hinweise des Vergabeplattformbetreibers zu beachten, zu berücksichtigen und einzuhalten. Notfalls hat sich der Bewerber/Bieter rechtzeitig mit dem technischen Support des Betreibers der Vergabeplattform in Verbindung zu setzen. - Der Bewerber/Bieter wird darauf hingewiesen, dass die maximale Dateimege des Angebots 300 MB beträgt. - Der Bewerber/Bieter hat die Systemvoraussetzungen für die ordnungsgemäße Verwendung der Vergabeplattform, insbesondere der Down- und Uploadfunktionen und der sonstigen Anwendungen der verwendeten Vergabeplattform sowie die weiteren Nutzungsbedingungen des Betreibers der Vergabeplattform zu beachten und einzuhalten. - Der Bewerber/Bieter hat sich rechtzeitig vor dem Hochladen von Unterlagen - insbesondere bei fristgebundenen Erklärungen - zu vergewissern, dass eine von Seiten des Bewerbers/ Bieters ungestörte Übermittlung der Erklärungen möglich ist, dazu gehört u.a. die Beachtung der Vorgaben zur Beschränkung der maximalen Gesamtdatemege und der Folgen bei einer Überschreitung sowie der rechtzeitige Beginn mit der Übermittlung.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: • Eigenerklärung über die Erbringung vergleichbarer Leistungen: Es gelten folgende Mindestbedingungen: Planung von Energiezentralen mit Holzfeuerungsanlagen min ≥ 3 MW • Mindestens 3 der Referenzen aus dem Zeitraum 2005 bis 2025 o Mindestens zwei der drei oben genannten Referenzen müssen abgeschlossene Projekte im Betrieb sein. o Mindestens zwei der oben genannten Referenzen müssen mindestens die Durchführung der Leistungsphasen 2 - 8 gem. HOAI beinhalten o Mindestens eine der oben genannten Referenzen mit Förderung gem. BEW-Modul 1 und 2 oder Wärmenetzsysteme 4.0; gleichwertige Förderprogramme mit vergleichbaren Anforderungen werden anerkannt. Die Vergleichbarkeit ist vom Bieter im Angebot nachvollziehbar darzustellen. • Mindestens zwei Referenzen müssen die Optimierung einer Holzfeuerungsanlage im Betrieb mit min ≥ 3 MW über einen Zeitraum von min. 3 Jahren beinhalten • Planung von Wärmenetzen im innerstädtischen Bereich • Mindestens 3 der Referenzen aus dem Zeitraum 2015 bis 2025 o Mindestens zwei der oben genannten Referenzen müssen eine Verteilnetzlänge von mindestens 5 km aufweisen o Mindestens eine der oben genannten Referenzen muss mit KMR-Einzel- oder Doppelrohren jeweils mit Leckageortung ausgeführt worden sein o Mindestens eine der oben genannten Referenzen muss teilweise mit einem Mediumrohrdurchmesser $\geq$ DN 200 ausgeführt worden sein • Mindestens eine Referenz muss die Planung des Anschlusses eines dezentralen Erzeugers in ein Wärmenetz beinhalten Erfüllt eine Referenz mehrere Anforderungen kann diese Referenz für mehrere Anforderungen angeführt werden. Referenzliste Die Angaben sind in einer Referenzliste aufzuführen. In der Referenzliste sind zu benennen: - Leistungsumfang - Nettoauftragswert (in EUR) - Leistungszeit (von ... bis) - Auftraggeber Die Angabe von Kontaktdaten der Referenzgeber ist mit dem Angebot nicht zwingend erforderlich. Der Auftraggeber ist berechtigt, zur Prüfung der Referenzen im Einzelfall die Benennung eines Ansprechpartners mit Kontaktdaten gesondert nachzufordern. Der Auftraggeber behält sich vor, eine Bestätigung des Referenzgebers einzufordern. Jede Referenz darf maximal auf zwei DIN A4 Seite dargestellt werden. Bewerber, die ihren Sitz nicht innerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, haben vergleichbare Nachweise zu erbringen. Nicht deutschsprachige Nachweise sind als amtliche Übersetzungen in deutscher Sprache vorzulegen. Bewerbergemeinschaften haben die Nachweise in Summe für die Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Teilnahmeberechtigt sind alle interessierten Unternehmen. Für die Leistungserbringung wird die Berufsqualifikation eines Ingenieurs gefordert. Zugelassen sind Bieter, die nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung "Ingenieur" zu tragen und nach der EG-Richtlinie über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome (EG-Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36 /EG) in der Bundesrepublik Deutschland als "Ingenieur" tätig werden dürfen. Bei juristischen Personen muss mindestens einer der Gesellschafter, der verantwortliche Projektbearbeiter und der stellvertretende verantwortliche Projektbearbeiter die an natürliche Personen gestellte Anforderungen erfüllen. Juristische Personen sind somit grundsätzlich teilnahmeberechtigt, wenn sie mit dem Teilnahmeantrag diese Personen benennen, § 50 Abs. 1 SektVO. Für Bewerbergemeinschaften gilt dieses entsprechend. Als vorläufiger Nachweis dient die Kopie entsprechender Urkunden. Der Auftraggeber behält sich vor, die Vorlage des jeweiligen Originals zu fordern

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung • zur Anzahl der Mitarbeiter mit Angaben zur aktuellen Mitarbeiterzahl in Vollzeitäquivalenten (ohne Praktikanten, Azubi, fachfremde Mitarbeiter (z.B. Schreibkräfte, Reinigungskräfte etc.) (Jahr 2026). Diese muss mindestens 15 betragen. Mindestvorgaben für Mitarbeiter • Mindestens 1 Projektleiter mit mindestens 10 Jahren Berufserfahrung in der Planung von Holzfeuerungsanlagen und mindestens Deutschkenntnisse auf Niveau C1 (GER) oder gleichwertig, verhandlungssicher in Wort und Schrift. • Mindestens 1 Projektleiter mit mindestens 10 Jahren Berufserfahrung in der Planung von Wärmenetzen und mindestens Deutschkenntnisse auf Niveau C1 (GER) oder gleichwertig, verhandlungssicher in Wort und Schrift. • Mindestens 1 Projektleiter mit mindestens 10 Jahren Berufserfahrung in der Planung von Wärmepumpen und mindestens Deutschkenntnisse auf Niveau C1 (GER) oder gleichwertig, verhandlungssicher in Wort und Schrift. Erfüllt ein Projektleiter mehrere Anforderungen ist die Benennung einer Personalreferenz ausreichend. • Mindestens 1 weiterer Planer mit mindestens je 5 Jahren Berufserfahrung in der Planung von Holzfeuerungsanlagen und mindestens Deutschkenntnisse auf Niveau C1 (GER) oder gleichwertig, verhandlungssicher in Wort und Schrift. • Mindestens 1 weiterer Planer mit mindestens je 5 Jahren Berufserfahrung in der Planung von Wärmenetzen und mindestens Deutschkenntnisse auf Niveau C1 (GER) oder gleichwertig, verhandlungssicher in Wort und Schrift. • Mindestens 1 weiteren Planer mit mindestens je 5 Jahren Berufserfahrung in der Optimierung bzw. im Betrieb von Holzfeuerungsanlagen und mindestens Deutschkenntnisse auf Niveau C1 (GER) oder gleichwertig, verhandlungssicher in Wort und Schrift. Sofern eine nachgewiesene Berufserfahrung mehrere der geforderten Anforderungen erfüllt, kann diese für mehrere Anforderungen berücksichtigt werden. Die geforderte Berufserfahrung kann auch im Rahmen von Tätigkeiten bei früheren Arbeitgebern erworben worden sein. Bei Bewerbungsgemeinschaften sind die Angaben zur Mitarbeitendenzahl in Vollzeitäquivalenten zusammengefügt darzustellen. Die Mitarbeiterzahl eines einzelnen an der Bewerbungsgemeinschaft beteiligten Büros, kann unter der geforderten Mindestmitarbeiterzahl liegen. Die benannte Mindestmitarbeiterzahl in Vollzeitäquivalenten muss der Bewerbungsgemeinschaft zur Verfügung stehen. Die Verfügbarkeit ist zu versichern.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: • Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme je Versicherungsfall - für Personen- und Sachschäden i.H.v. 3 Mio. EUR, - für Vermögensschäden i.H.v. 3 Mio. EUR je zweifach maximiert durch - Vorlage Kopie Versicherungsschein oder - Vorlage einer Versicherungsbestätigung, dass im Falle der Zuschlagserteilung ein entsprechender Versicherungsschutz gewährt wird. Hinweis: Eine Eigenerklärung ist nicht ausreichend. Es sind die benannten Versicherungserklärungen vorzulegen. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass alle Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Bewerber, die ihren Sitz nicht innerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, haben vergleichbare Nachweise zu erbringen. Die Nachweise sind als amtliche Übersetzungen in deutscher Sprache vorzulegen. Bewerbungsgemeinschaften können den Nachweis über die Haftpflichtversicherung entweder für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft oder für die Bewerbungsgemeinschaft erbracht werden (Nachweis der Haftung der Bewerbungsgemeinschaft).

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über den Umsatz der letzten fünf abgeschlossenen Kalenderjahre (2021 - 2025) / Kalenderjahr. - Gesamtumsatz Bieter / Kalenderjahr Der durchschnittliche Gesamtjahresumsatz muss mindestens 2,5 Mio. € (netto) betragen. Sofern das Geschäftsjahr 2025 noch nicht abgeschlossen sein sollte, sind die Geschäftsjahre 2020-2024 als Eignungskriterium anzugeben und ohne Wertungsrelevanz der vorläufige Wert für 2025 zu benennen. Teilnahmeanträge, die den durchschnittlichen Gesamtjahresumsatz nicht erreichend, werden vom Verfahren ausgeschlossen.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung wird zusätzlich die Vorlage folgender aktueller Unterlagen verlangt: •

Eigenerklärung: Unternehmensdarstellung (Name, Firma, Anschrift, Rechtsform, Kommunikationsdaten, Leistungsbereiche, Umsatzsteueridentifikationsnummer) zzgl.

Organigramm/Darstellung Unternehmensstruktur • Eigenerklärung: Mitgliedschaft in der Ingenieurkammer, IHK, HWK, Berufsgenossenschaft u.dgl. • Registerauszug (z.B. HRA, HRB, GnR, PR, VR) Bewerber, die ihren Sitz nicht innerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, haben vergleichbare Nachweise zu erbringen. Die Nachweise sind als amtliche Übersetzungen in deutscher Sprache vorzulegen. Bewerber, die aus Rechtsgründen nicht über vorgenannte Unterlagen bzw. Erklärungen verfügen (z.B. mangels Eintragungspflicht), haben vergleichbare Nachweise zur Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung vorzulegen und/oder durch eine Eigenerklärung zu erklären, dass entsprechende Eintragungspflichten nicht bestehen. Bewerbergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung wird zusätzlich die Vorlage folgender aktueller Unterlagen verlangt: •

Eigenerklärung: Unternehmensdarstellung (Name, Firma, Anschrift, Rechtsform, Kommunikationsdaten, Leistungsbereiche, Umsatzsteueridentifikationsnummer) zzgl.

Organigramm/Darstellung Unternehmensstruktur • Eigenerklärung: Mitgliedschaft in der Ingenieurkammer, IHK, HWK, Berufsgenossenschaft u.dgl. • Registerauszug (z.B. HRA, HRB, GnR, PR, VR) Bewerber, die ihren Sitz nicht innerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, haben vergleichbare Nachweise zu erbringen. Die Nachweise sind als amtliche Übersetzungen in deutscher Sprache vorzulegen. Bewerber, die aus Rechtsgründen nicht über vorgenannte Unterlagen bzw. Erklärungen verfügen (z.B. mangels Eintragungspflicht), haben vergleichbare Nachweise zur Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung vorzulegen und/oder durch eine Eigenerklärung zu erklären, dass entsprechende Eintragungspflichten nicht bestehen. Bewerbergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Konzept 1

Beschreibung: Darstellung der Herangehensweise/Projektumsetzung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Konzept 2

Beschreibung: Personalkonzept

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Honorar

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.tender24.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-19ce78b909d-764023e9d2e6a8b4

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.tender24.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**Verfahrensbedingungen:**

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 04/05/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.tender24.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 20/04/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich - soweit nicht ausdrücklich anders erwähnt - im Rahmen des rechtlich zulässigen das Nachfordern von Unterlagen vor.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: siehe den Vergabeunterlagen beiliegende Einkaufsbedingungen und Vertragsmuster

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: .

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer beim Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Es wird auf §§ 155 ff. GWB und insbesondere auf das grundsätzliche Erfordernis einer vorherigen Rüge hingewiesen. Der Auftraggeber weist ferner ausdrücklich darauf hin, dass im Fall der Nichtabhilfe einer von einem Bieter erhobenen Rüge ein entsprechender bei der Vergabekammer eingereichter Nachprüfungsantrag unzulässig ist, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB). § 160 Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. 2 Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. 3§ 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. Auf das Hinweisblatt der Vergabekammer Baden-Württemberg, abrufbar unter: https://rp.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/RP-Internet/Karlsruhe/Abteilung_1/Referat_15/DocumentLibraries/Documents/15_vk_merkblatt.pdf wird hingewiesen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Stadtwerke Stuttgart GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadtwerke Stuttgart GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Stadtwerke Stuttgart GmbH

Registrierungsnummer: HRB 738645

Postanschrift: Kesselstraße 21-23

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70327

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Staatsanzeiger für Baden-Württemberg GmbH & Co. KG

E-Mail: vergabeberatung@staatsanzeiger.de

Telefon: +49 711 66601496

Internetadresse: <https://www.stadtwerke-stuttgart.de/>
Profil des Erwerbers: <https://www.stadtwerke-stuttgart.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer beim Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Postanschrift: Kapellenstraße 17

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76131

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

Internetadresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/abt1/ref15/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

a5a2b44e-3e46-49cc-a77c-38e53510f2f9-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Beschreibung

:

Die Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge wurde auf 20.04.2026 / 10:00 Uhr verlängert

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0000

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: a9e18b4a-2842-4ed4-8123-d4ce34c833ab - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 17
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 07/04/2026 14:43:52 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 242691-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 69/2026
Datum der Veröffentlichung: 09/04/2026